

Verwaltungsvereinbarung gemäß Art.°123°Abs. 9 VO (EU) Nr. 1303/2013¹

zwischen
der Verwaltungsbehörde,
der EU-Bescheinigungsbehörde und
der EU-Prüfbehörde

für das

Programm zur grenzübergreifenden Zusammenarbeit Freistaat Bayern –
Tschechische Republik
Ziel ETZ 2014-2020

CCI Nummer: 2014TC16RRFCB009

¹ Falls die spezifische Verordnung für das Ziel „Europäische territoriale Zusammenarbeit“ VO (EU) Nr. 1299/2013 keine spezifische Bestimmung vorsieht gilt gemäß Art. 1 Abs. 3 VO (EU) Nr. 1299/2013 die VO (EU) Nr. 1303/2013.



Präambel

Gemäß Artikel 123 Abs. 9 VO (EU) Nr. 1303/2013 legt der Mitgliedstaat u.a. die Regeln für die Beziehungen der Verwaltungs-, Bescheinigungs- und Prüfbehörden untereinander schriftlich fest.

Die unterzeichnenden Stellen haben aus diesem Grund die folgende Vereinbarung geschlossen und somit in Fortführung der guten und kooperativen Zusammenarbeit in den vergangenen Förderperioden für die Förderperiode 2014-2020 die wesentlichen Verwaltungsabläufe schriftlich niedergelegt.

Allgemein gelten im Programm zur grenzübergreifenden Zusammenarbeit Freistaat Bayern – Tschechische Republik Ziel ETZ 2014-2020² hierarchisch die folgenden Regelungen:

1. Die einschlägigen Bestimmungen des europäischen Rechts in der jeweils gültigen Fassung.
2. Die Bestimmungen der programmspezifischen Regeln.
3. Im Freistaat Bayern finden die Regelungen des IWB Förderhandbuchs dort Anwendung, wo keine programmspezifische Regel in den Programmregeln festgelegt wurde.
4. Die nationalen Bestimmungen für den Fall, dass die europäischen Rechtsgrundlagen und die programmspezifischen Regeln keine Regelung vorsehen.

1 Funktionen

1.1 Funktionen der Verwaltungsbehörde

Vorbehaltlich der Benennung gemäß Art. 21 Abs. 1 VO (EU) Nr. 1299/2013 i.V.m. Art. 124 VO (EU) Nr. 1303/2013 soll folgende Stelle als Verwaltungsbehörde fungieren:

Referat 52 im StMWi

Die Verwaltungsbehörde gewährleistet gemäß Art. 23 Abs. 1 VO (EU) Nr. 1299/2013 i.V.m. Art. 125 VO (EU) Nr. 1303/2013 die Umsetzung des Operationellen Programms.

Die Verwaltungsbehörde gewährleistet darüber hinaus die Wahrnehmung aller Tätigkeiten, die der Mitgliedsstaat gemäß VO (EU) Nr. 1299/2013 und VO (EU) Nr. 1303/2013 auf der Ebene eines Operationellen Programms wahrnehmen soll und die nicht ausdrücklich in den Verantwortungsbereich einer anderen Stelle fallen. Die Koordinierung des Programms auf tschechischer Seite und die Steuerungsfunktion der Stellen des Programms der Tschechischen Republik wurde an die Nationale Behörde delegiert.

Dies gilt nicht für die Erprobung oder Beendigung der Benennung gemäß Art. 124 Abs. 5 VO (EU) Nr. 1303/2013. Für den theoretischen Fall der Erprobung oder Beendigung der Benennung muss eine andere geeignete Stelle gefunden werden, die die Aufgaben der Verwaltungsbehörde wahrnimmt.

² Im Folgenden wird das Programm aus Gründen der besseren Lesbarkeit mit Programm Ziel ETZ abgekürzt.

1.2 Funktionen der Bescheinigungsbehörde

Vorbehaltlich der Benennung gemäß Art. 124 VO (EU) Nr. 1303/2013 ist eine unabhängige Stelle im StMWi als Bescheinigungsbehörde eingerichtet und organisatorisch dem Ref. Z2 zugeordnet. Die Bescheinigungsbehörde trägt die Bezeichnung

EU-Bescheinigungsbehörde im StMWi (EU-B)

Die EU-Bescheinigungsbehörde hat die Bescheinigung der Ausgaben der Projekte, die in das Ressort des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz fallen, an das dort ansässige Referat Z3 delegiert. Gemeinsam bilden sie die Bescheinigungsbehörde des Programms Ziel ETZ und nehmen alle Aufgaben wahr, die die VO (EU) Nr. 1299/2013, die VO (EU) Nr. 1303/2013 und die dazu ergangenen Rechtsakte ihr zuweisen. Insbesondere gewährleistet sie die Bescheinigung und Buchführung gemäß Artikel 24 VO (EU) Nr. 1299/2013 i.V.m. 126 VO (EU) Nr. 1303/2013.

Die EU-Bescheinigungsbehörde gewährleistet ferner die Erstellung von Zahlungsanträgen gemäß Art. 21 Abs. 2 VO (EU) Nr. 1299/2013 i.V.m. 129 ff VO (EU) Nr. 1303/2013 und der Rechnungslegungen gemäß Art. 137 ff. VO (EU) Nr. 1303/2013.

1.3 Funktionen der Prüfbehörde

Es ist eine unabhängige Stelle als Prüfbehörde eingerichtet. Die EU-Prüfbehörde ist organisatorisch dem Amtschef zugeordnet. Die Prüfbehörde trägt die Bezeichnung:

EU-Prüfbehörde im StMWi (EU-P)

Die EU-Prüfbehörde nimmt alle Aufgaben wahr, die die VO (EU) Nr. 1299/2013 VO (EU) Nr. 1303/2013 und die dazu ergangenen Rechtsakte ihr zuweisen. Insbesondere gewährleistet sie die Wahrnehmung aller in Artikel 127 VO (EU) Nr. 1303/2013 und Artikel 25 VO (EU) Nr. 1299/2013 genannten Aufgaben und Tätigkeiten.

Gemäß Art. 25 Abs. 2 VO (EU) Nr. 1299/2013 wird die EU-Prüfbehörde für das Programm von einer Gruppe von Finanzprüfern, bestehend aus Vertretern des Freistaats Bayern und der Tschechischen Republik unterstützt. Diese Gemeinsame Prüfergruppe wurde mit Abschluss der Geschäftsordnung am 05.03.2015/ 17.03.2015 eingerichtet. Die in der Geschäftsordnung niedergelegten Aufgaben bleiben von der in der trilateralen Vereinbarung getroffenen Regelungen unberührt.

Die EU-Prüfbehörde gewährleistet ferner die Übernahme der Prüftätigkeiten, die sich aus Art. 21 Abs. 3 VO (EU) Nr. 1299/2013 i.V.m. Art. 124 Abs. 2 VO (EU) Nr. 1303/2013 bezüglich der Benennung der Verwaltungsbehörde, der Bescheinigungsbehörde und ggf. von den Zwischengeschalteten Stellen (ZwSt) ergeben.

Werden Aufgaben der EU-Prüfbehörde auf eine ZwSt delegiert, stellt die Prüfbehörde sicher, dass auch diese Stelle funktionell unabhängig ist und ihre Tätigkeit unter Berücksichtigung internationaler Prüfungsstandards ausübt.

Die EU-Prüfbehörde behält sich das Recht vor – bei Bedarf – Aufgaben bzw. Prüfungen an einen externen Dienstleister zu vergeben.

1.4 Gemeinsame Regelungen

Die Verwaltungsbehörde und die EU-Bescheinigungsbehörde sind für die Erstellung der Informationen zum vergangenen Geschäftsjahr³ gemäß Art. 59 der Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union i.V.m. Art. 23 Abs. 1 VO (EU) Nr. 1299/2013, Art. 125 und Art. 126 VO (EU) Nr. 1303/2013 verantwortlich.

Die Verwaltungsbehörde stellt der EU-Bescheinigungsbehörde alle notwendigen Informationen für die Zahlungsanträge und Rechnungslegungen der Bescheinigungsbehörde gegenüber der Europäischen Kommission zur Verfügung. Grundlage für die Datenübermittlung und die Erstellung der Unterlagen ist grundsätzlich das „electronic Monitoring System“ (eMS).

Die EU-Bescheinigungsbehörde behält sich das Recht vor, Kontrollen auf der Ebene der ZwSt und ggf. auf Projektebene durchzuführen, insbesondere wenn Grund zur Annahme besteht, dass die von der Verwaltungsbehörde delegierten Pflichten und Prüfungen nicht ordnungsgemäß ausgeführt werden. Die Verwaltungsbehörde wird über die Ergebnisse fortlaufend informiert.

Die EU-Prüfbehörde erstellt gemäß Art. 25 VO (EU) 1299/2013 i.V.m. Art. 127 Abs. 5 lit. a) VO (EU) Nr. 1303/2013 einen Bestätigungsvermerk entsprechend der Vorlage gem. Art. 7 Abs. 3 i.V.m. Anhang VIII der DVO (EU) Nr. 2015/207.

2 Regelungen bezüglich der Benennung von Behörden

Die förmliche Benennung der Verwaltungsbehörde und der EU-Bescheinigungsbehörde erfolgt durch Herrn Ministerialdirektor Dr. Bernhard Schwab, Amtschef im StMWi. Mit Schreiben vom 24.02.2015 wurde die EU-Prüfbehörde damit beauftragt, die für die Benennung der Verwaltungs- und Bescheinigungsbehörden erforderliche Bewertung der Verwaltungs- und Kontrollsysteme durchzuführen. Der Zeitpunkt und die Form der Benennung sind der Kommission vor Einreichung des ersten Zahlungsantrags bei der Kommission mitzuteilen.

Die Verwaltungsbehörde hat am 30.04.2018 die Beschreibung der Aufgaben und Verfahren in Bezug auf die Verwaltungs- und Bescheinigungsbehörde (BAV) gemäß Art. 21 Abs. 1 VO (EU) Nr. 1299/2013 i.V.m. Art. 72 VO (EU) Nr. 1303/2013 der EU-Prüfbehörde übermittelt. Diese Beschreibung enthält auch Angaben darüber, für welche bestimmten Aufgaben der Verwaltungs- und EU-Bescheinigungsbehörde zwischengeschaltete Stellen eingerichtet wurden und auf welche Weise die förmliche Aufgabenübertragung erfolgt ist.

Die EU-Prüfbehörde nimmt die Aufgabe nach Art. 25 VO (EU) Nr. 1299/2013 i.V.m. Art. 124 Abs. 2 VO (EU) Nr. 1303/2013 wahr und bewertet, ob die benannten Behörden die Kriterien für das interne Kontrollwesen, das Risikomanagement, die Verwaltungs- und Kontrolltätigkeiten und die Überwachung gemäß Anhang XIII erfüllen. Diesbezüglich werden ein Bericht und eine Stellungnahme („Gutachten“) gefertigt.

³Das Geschäftsjahr ist gemäß Art. 2 Ziffer 29 VO (EU) Nr. 1303/2013 definiert als der Zeitraum vom 01.07. eines Jahres bis zum 30.06. des Folgejahres.

In den Folgejahren teilt die Verwaltungsbehörde der EU-Prüfbehörde zum 15.11. eines Jahres mit, welche Veränderungen im Verwaltungs- und Kontrollsystem im vergangenen Geschäftsjahr (bis 30.06.) vorgenommen wurden. Insbesondere teilt sie die für das Folgejahr benannten ZwSt mit, sofern sich Änderungen zum Vorjahr ergeben. Die EU-Prüfbehörde führt – sofern notwendig – für wesentliche Änderungen im Verwaltungs- und Kontrollsystem eine Bewertung analog zu Art. 21 Abs. 3 VO (EU) 1299/2013 i.V.m. Art. 124 Abs. 2 VO (EU) Nr. 1303/2013 durch. Wesentliche Änderungen sowie deren Bewertung sind Bestandteil des Jahreskontrollberichts.

Im Übrigen wird das Monitoring der Benennung durch Referat 12 im StMWi, „Landesgesetzgebung, allgemeine Rechtsfragen“, wahrgenommen. Hierzu übermittelt die EU-Prüfbehörde Referat 12 folgende Unterlagen: Bericht und Gutachten zur Benennung nach Art. 124 Abs. 2 VO (EU) Nr. 1303/2013, Prüfberichte über Systemprüfungen nach Art. 127 Abs. 1 Satz 1 VO (EU) Nr. 1303/2013 sowie alle Jahreskontrollberichte nach 127 Abs. 5 lit. b VO (EU) Nr. 1303/2013.

3 Bestimmungen bezüglich der Übersendung von Anträgen auf Zwischenzahlung an die Europäische Kommission

Die Übermittlung des vorletzten Zahlungsantrags für ein Geschäftsjahr erfolgt i.d.R. jeweils bis zum 28.02. eines Jahres.

Die EU-Prüfbehörde erhält Zugriff auf alle Daten im eMS, die den Zahlungsanträgen an die KOM zugrunde liegen und die für die Durchführung der Stichprobenziehungen erforderlich sind.

Die EU-Bescheinigungsbehörde übermittelt jeweils bis zum 31.10. den vorläufigen Rechnungsabschluss in der zur Vorlage an die Kommission vorgesehenen Fassung gemäß Art. 24 VO (EU) Nr. 1299/2013 i.V.m. Art. 126 i.V.m. Art. 137 Abs. 1 Buchst. a, b und c VO (EU) Nr. 1303/2013 an die EU-Prüfbehörde.

Die Verwaltungsbehörde bzw. das GS und die EU-Bescheinigungsbehörde stellen sicher, dass bei der Verbuchung darauf geachtet wird, dass Einzahlungen und Auszahlungen getrennt voneinander gebucht und getrennt voneinander ausgewiesen werden.

Darüber hinaus führt die EU-Bescheinigungsbehörde gemäß Art. 24 VO (EU) Nr. 1299/2013 i.V.m. Art. 126 und Art. 137 Abs. 1 Buchst. d VO (EU) Nr. 1303/2013 für jede Priorität eine Abstimmung der gemäß Buchstabe a aufgeführten Ausgaben mit den für dasselbe Geschäftsjahr im letzten Zahlungsantrag geltend gemachten Ausgaben durch und übermittelt an die EU-Prüfbehörde bis zum 10.12. des jeweiligen Jahres eine Auflistung mit einer Erklärung etwaiger Abweichungen.

Ergänzend dazu fügt die EU-Bescheinigungsbehörde eine detaillierte Aufstellung von Ausgaben bei, die gemäß Art. 24 VO (EU) Nr. 1299/2013 i.V.m. Art. 126 i.V.m. Art. 137 Abs. 2 VO (EU) Nr. 1303/2013 am Ende eines Geschäftsjahres Gegenstand eines Zahlungsantrags waren, nun aber nicht oder teilweise nicht mehr Gegenstand der Rechnungslegung für dasselbe Geschäftsjahr sind.

4 Bestimmungen bezüglich der Prüftätigkeit

Bezüglich der Prüfung der Angaben zur Rechnungslegung zum vergangenen Geschäftsjahr tragen die Verwaltungs- und EU-Bescheinigungsbehörde dafür Sorge, dass

- der EU-Prüfbehörde Zugang zu allen Informationen, die der Verwaltungsbehörde, der EU-Bescheinigungsbehörde und deren ZwSt bekannt sind und die für die Erstellung der Information zum vergangenen Geschäftsjahr relevant sind (z.B. Förderakten, Aufzeichnungen, Dokumentationen, Güter, Dienstleistungen und weitere Unterlagen – dies gilt insbesondere auch für die Informationen und Unterlagen der Begünstigten), verschafft wird,
- zusätzliche Informationen, die die EU-Prüfbehörde zum Zwecke der Prüfung der Information zum vergangenen Geschäftsjahr von der Verwaltungsbehörde, der EU-Bescheinigungsbehörde und deren ZwSt benötigt, vorgelegt werden und
- uneingeschränkter Zugang zu Personen innerhalb der Verwaltungsbehörde, der EU-Bescheinigungsbehörde und deren ZwSt besteht, von denen die EU-Prüfbehörde es für notwendig hält, Prüfungsnachweise einzufordern.

Anfragen der Verwaltungsbehörde, der EU-Bescheinigungsbehörde sowie von den ZwSt an Prüfungen der EU-Prüfbehörde teilnehmen zu wollen, werden von der EU-Prüfbehörde entschieden.

Die EU-Prüfbehörde übermittelt der Verwaltungsbehörde vorläufige Berichte zu durchgeführten und abgeschlossenen Prüfungen grundsätzlich spätestens bis zum 31.10. eines Jahres. Die Übersendung durch die EU-Prüfbehörde erfolgt grundsätzlich lediglich auf elektronischem Wege. Die EU-Bescheinigungsbehörde wird von der EU-Prüfbehörde über vorläufige Berichte mit finanziellen Beanstandungen informiert.

Die Verwaltungsbehörde bzw. deren ZwSt übermitteln der EU-Prüfbehörde grundsätzlich innerhalb der im vorläufigen Bericht genannten Frist eine Zustimmungsmitteilung und/oder eine Stellungnahme. Die Übersendung durch die Verwaltungsbehörde erfolgt grundsätzlich lediglich auf elektronischem Wege.

Die EU-Prüfbehörde räumt der Verwaltungsbehörde und der EU-Bescheinigungsbehörde auf Anfrage ein, in Prüfsakten der EU-Prüfbehörde im Rahmen des kontradiktorischen Verfahrens Einsicht zu nehmen.

Die EU-Prüfbehörde übermittelt der Verwaltungsbehörde und der EU-Bescheinigungsbehörde nach Würdigung der jeweiligen Stellungnahme den endgültigen Prüfbericht.

Die EU-Prüfbehörde teilt der Verwaltungsbehörde - auch unabhängig von anderweitigen Berichtspflichten – unverzüglich mit, sofern sich Sachverhalte ergeben, die die Einschränkung einer Stellungnahme gegenüber der Europäischen Kommission zur Folge haben könnten.

5 Regelungen bezüglich der Übermittlung der Informationen zum vergangenen Geschäftsjahr

5.1 Vor-Ort-Kontrollen

Die im Rahmen der Verwaltungsprüfungen gemäß Art. 23 Abs. 1 VO (EU) Nr. 1299/2013 i.V.m. Art. 125 Abs. 3 VO (EU) Nr. 1303/2013 durchzuführenden Vor-Ort-Kontrollen müssen gemäß Art. 59 Abs. 2 der Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union anhand repräsentativer und/oder risikogestützter Stichproben von Transaktionen ausgewählt werden. Die Vorgaben zur Durchführung

von Vor-Ort-Kontrollen werden in der jeweils gültigen Form des Förderhandbuchs des Programms IWB und programmspezifischen Leitfäden festgelegt. Die Vorgaben aus dem IWB Förderhandbuch finden im Programm Ziel ETZ analog Anwendung.

5.2 Rechnungslegung

Gem. Art. 137 und 138 VO(EU) Nr. 1303/2013 i.V.m. Art. 59 Abs. 5 Buchstabe a) der EU-Haushaltsverordnung hat der Mitgliedsstaat bzw. die das OP verwaltenden Stellen bis zum 15.02. eines Jahres eine jährliche Rechnungslegung für das vorangegangene Geschäftsjahr vorzulegen.

Die Verwaltungsbehörde erstellt und übermittelt die Verwaltungserklärung und die jährliche Zusammenfassung gemäß Art. 23 Abs. 1 VO (EU) Nr. 1299/2013 i.V.m. Art. 125 Abs. 4 Buchst. e VO (EU) Nr. 1303/2013 an die EU-Prüfbehörde grundsätzlich zum 31.12. eines Jahres. Die EU-Bescheinigungsbehörde erstellt und übermittelt der EU-Prüfbehörde bis zum 15.01. ihre endgültige Rechnungslegung gemäß Art. 137 VO (EU) Nr. 1303/2013 für das vorangegangene Geschäftsjahr.

Vor der Übersendung der Unterlagen zum vergangenen Geschäftsjahr gemäß Art. 138 VO (EU) Nr. 1303/2013 an die Europäische Kommission stimmen sich die Verwaltungsbehörde, die EU-Bescheinigungsbehörde und die EU-Prüfbehörde darüber ab, ob von der Möglichkeit der Herausnahme von bereits an die Europäische Kommission gemeldeten Ausgaben gemäß Art. 137 Abs. 2 VO (EU) Nr. 1303/2013 Gebrauch gemacht werden soll.

Die EU-Prüfbehörde erstellt auf der Basis der durchgeführten Systemprüfungen, Vorhabenprüfungen und der Prüfung der Rechnungslegung nach Art. 25 VO (EU) Nr. 1299/2013 i.V.m. Artikel 127 Abs. 5 Unterabsatz 1 Buchstaben a und b VO (EU) Nr. 1303/2013 für das vorangegangene Geschäftsjahr einen Bestätigungsvermerk und einen Kontrollbericht.

Gemäß Art. 137 Absatz 1 Satz 2 VO (EU) Nr. 1303/2013 deckt die Rechnungslegung das gesamte Geschäftsjahr ab, d.h. die Rechnungslegung auf das abgelaufene Geschäftsjahr vom 1. Juli n bis zum 30. Juni n+1 (vgl. Artikel 2 Nr. 29 VO (EU) Nr. 1303/2013).

Die Quelle für die Angaben und Daten für die Rechnungslegung ist grundsätzlich das eMS. Die Plausibilität der in die Rechnungslegung einfließenden Daten wird laufend durch die VB geprüft. Darüber hinaus führt die VB eine jährliche Prüfung des für die Rechnungslegung relevanten Datenbestandes durch und dokumentiert diese.

Aufgaben der EU-Bescheinigungsbehörde:

Für die Rechnungslegung wird das Muster gemäß DVO (EU) Nr. 1011/2014, Anhang VII, verwendet.

Die Rechnungslegung beinhaltet die Ausgabenbescheinigung, Angaben über einbehaltene, wiedereingezogene, wiedereinzuziehende und nicht wiedereinziehbare Beträge, wobei über Wiedereinziehungen gemäß Art. 71 VO (EU) Nr. 1303/2013 gesondert zu berichten ist. Sämtliche Angaben beziehen sich auf das vorangegangene Geschäftsjahr. Des Weiteren ist ein Vergleich der Ausgaben vorzunehmen, die im letzten Zahlungsantrag eines Geschäftsjahrs an die Kommission übermittelt wurden mit den in der Rechnungslegung angegebenen Ausgaben. Abweichungen, die nur in Form niedrigerer Rechnungslegungsbeträge vorliegen können, müssen jeweils erklärt werden.

Grundlage der Rechnungslegung sind die in der Datenbank eMS erfassten Ausgaben, Rückforderungen, Rückzahlungen und Einbehalte. Die von den ZwSt der Verwaltungsbehörde und dem Gemeinsamen Sekretariat eingegebenen Daten werden von der Bescheinigungsbehörde über entsprechende Berichte ausgewertet, in SFC 2014 eingegeben und an die Kommission übermittelt. Die Korrektheit der Daten wird neben zahlreichen Prüfungen anderer Institutionen, insbesondere der Prüf- und Verwaltungsbehörde, auch durch Prüfungen einzelner Mittelabrufe durch die Bescheinigungsbehörde selbst sichergestellt.

Aufgaben für die Verwaltungsbehörde:

Verwaltungserklärung: Für die Verwaltungserklärung wird das Muster gemäß Art. 6 i. V. m. Anhang VI zu DVO (EU) Nr. 2015/207 verwendet.

Jährliche Zusammenfassung: Die jährliche Zusammenfassung enthält einen statistischen Teil, in dem die Ergebnisse der durchgeführten Kontrollen und Prüfungen des Jahres 01.07.n bis 30.06.n+1 zusammengefasst werden. Die Prüfungen umfassen die Verwaltungsprüfungen der ZwSt sowie die von der Verwaltungsbehörde durchgeführten Prüfungen der delegierten Aufgaben, bei denen jeweils ein Verfahrensschritt aus dem Förderverfahren (z.B. Antragsprüfung und Erstellung des Zuwendungsbescheids, Prüfung der Auszahlungsanträge bzw. der Verwendungsnachweise) geprüft wird. Auf dem statistischen Teil basierend erfolgt eine Auswertung der Ergebnisse im Hinblick auf Art und Umfang der festgestellten Feststellungen und der erforderlichen, bereits durchgeführten oder beabsichtigten Abhilfemaßnahmen, die zur Verbesserung des BAV oder einzelner Vorhaben ergriffen wurden bzw. werden, einschließlich geplanter oder den Begünstigten und den ZwSt bereits erteilter Anweisungen und Schulungen.

Die Verwaltungsbehörde macht in der jährlichen Zusammenfassung Ausführungen zu den wichtigsten Feststellungen und benennt die wichtigsten Arten ermittelter Mängel. Die VB gibt an, ob die festgestellten Mängel systembedingt sind oder mit Aufgaben in Zusammenhang stehen, die die VB an ZwSt delegiert hat.

Die EU-Prüfbehörde führt Vorhabens-, Querschnitts- und Systemprüfungen durch. Die jährliche Zusammenfassung enthält neben den Ergebnissen der Verwaltungsprüfungen auch die Ergebnisse dieser 2. Kontrollebene. Sie werden der Verwaltungsbehörde durch eine zeitnahe Übermittlung der Prüfberichte seitens EU-P zur Kenntnis gebracht.

Die Statistik führt schließlich auch weitergehende Kontrollen von KOM, ERH und OLAF auf.

Die nationalen Rechnungskontrollbehörden, wie z.B. Bayerischer Oberster Rechnungshof, werden nicht berücksichtigt, da diese im Regelfall nicht die EU-rechtlichen Anforderungen an die Verwaltungs- und Kontrollsysteme prüfen, sondern andere Zielsetzungen verfolgen. Ebenso werden die Ergebnisse der Prüfungen der EU-Bescheinigungsbehörde nicht berücksichtigt, die stichprobenweise die Angaben der Ausgabenprüfenden Stellen in den Mittelabrufformularen überprüft.

Auswertung der Ergebnisse:

Die EU-Haushaltsordnung fordert eine Analyse der Art und des Umfangs der in den Verwaltungs- und Kontrollsystemen festgestellten Mängel auf Grundlage des oben genannten statistischen Teils der jährlichen Zusammenfassung.

Diese Analyse seitens der VB ist Teil der Verwaltungserklärung sowie der jährlichen Zusammenfassung. Auf ihr beruht die gemäß Art. 59 Abs. 5 lit. a) der EU-Haushaltsordnung geforderte Aussage der VB, ob die eingerichteten Kontrollsysteme die Recht- und Ordnungsmäßigkeit der zugrunde liegenden Vorgänge angemessen gewährleisten.

Aufgaben der EU-Prüfbehörde:

Bestätigungsvermerk gem. Art. 59 Absatz 5 Unterabsatz 2 der EU-Haushaltsordnung: In dem Bestätigungsvermerk wird festgestellt, ob die Angaben über die Rechnungslegung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermitteln, ob die Ausgaben, für die bei der Kommission eine Rückerstattung beantragt wurde, rechtmäßig und ordnungsgemäß (frei von wesentlichen Fehlern) sind und ob die bestehenden Kontrollsysteme ordnungsgemäß funktionieren. Weiterhin wird ausgeführt, ob bei der Prüftätigkeit Zweifel an der in der Verwaltungserklärung enthaltenen Feststellungen aufkommen.

Der Bestätigungsvermerk wird unter Beachtung international anerkannter Prüfstandards erteilt.

Für die Erstellung des Bestätigungsvermerks wird das Muster gemäß Art. 7 Abs. 2 i.V.m. Anhang VIII der DVO (EU) Nr. 2015/207 verwendet.

Jährlicher Kontrollbericht: Der jährliche Kontrollbericht fasst die wichtigsten Ergebnisse der durch die EU-Prüfbehörde vorgenommenen Prüfungen, einschließlich der Ergebnisse bezüglich der im Verwaltungs- und Kontrollsystem festgestellten Mängel, sowie die vorgeschlagenen und durchgeführten Korrekturmaßnahmen zusammen.

Für die Erstellung des jährlichen Kontrollberichts wird das Muster gemäß Art. 7 Abs. 3 i.V.m. Anhang IX der DVO (EU) Nr. 2015/207 verwendet.

Bezüglich des konkreten Zeitplans wird auf die Tabelle 6 BAV (Nr. 2.2.3.13) verwiesen.

Die Verwaltungsbehörde, die EU-Bescheinigungsbehörde und die EU-Prüfbehörde stellen sicher, dass gemäß Art. 138 VO (EU) Nr. 1303/2013 die Verwaltungserklärung, die jährliche Zusammenfassung und die Rechnungslegung (Informationen zum vergangenen Geschäftsjahr) samt Bestätigungsvermerk und Kontrollbericht der EU-Prüfbehörde fristgerecht an die Europäische Kommission gesendet werden.

6 Kommunikation

Die Verwaltungsbehörde, die EU-Bescheinigungsbehörde und die EU-Prüfbehörde informieren sich unaufgefordert gegenseitig und zeitnah bei wesentlichen Ereignissen. In besonderen oder dringenden Fällen findet eine gemeinsame Besprechung jederzeit kurzfristig statt.

Darüber hinaus kann bei Bedarf einmal monatlich zu einem festen Termin eine Besprechung einberufen werden.

München, den

Verwaltungsbehörde

Referat 52

Handwritten signature of Matthias Herderich in black ink, with the date 26/4/18 written below it.

Matthias Herderich

Leiter der Verwaltungsbehörde

München, den 27.4.2018

EU-Bescheinigungsbehörde

Handwritten signature of Stephan Reitmaier in blue ink.

Stephan Reitmaier

Leiter der EU-Bescheinigungsbehörde

München, den 30/4/18

EU-Prüfbehörde

Handwritten signature of Alexander Matiasco in blue ink.

Alexander Matiasco

Leiter der EU-Prüfbehörde
